

SITTA: SANKTIONEN MÜSSEN UMDENKEN IN DER BILDUNGSPOLITIK ERFORDERLICH

Veröffentlicht am 9. November 2018

[Bildungspolitik](#), [Familie](#), [Frank Sitta](#), [Freie Demokraten](#), [Gesundheitsfürsorge](#), [Jugendarrest](#), [Jugendhilfe LSA](#), [Sachsen-Anhalt](#), [Sanktionen](#), [Schule](#), [Schulgesetz](#), [Schwänzen](#), [Sitta](#), [Unglück](#)

Der Bundestagsabgeordnete und Mitglied der Freien Demokraten Sachsen-Anhalt Frank Sitta fordert, dass die Schülerin in Halle ein Umdenken beim Schularrest erfahren muss.

„Der Tod der Schülerin ist ein tragisches Unglück. Ich spreche der Familie mein herzliches Beileid aus und wünsche den Angehörigen viel Kraft in dieser schweren Zeit. Angesichts des Todes einer Schülerin muss Umdenken in der Bildungspolitik erforderlich sein. Die Strafen und ihren Familien mit Strafen und Jugendarrest zu belegen, ist das nicht die Lösung sein. Die Ursachen für Schulverweigerung sind vielfältig und individuell, wie die Kinder und Jugendlichen selbst. In unserer Bildungspolitik, sind auch solche Sanktionen notwendig.“

Wir müssen nicht mit den Schwänzen auf den Grund gehen, wir müssen auf die Probleme eingehen, statt sie einfach nur bestrafen zu wollen. Frust und Angst sind keine Gründe, um nicht in die Schule. Paragraph 84 im Schulgesetz, der Schulverweigerung als Ordnungswidrigkeit behandelt, gehört auf den Prüfstand.

Was wir brauchen ist ein transparentes Meldesystem in den Schulbehörden, die Etablierung von Beratungsstellen sowie ein solides Netzwerk in der Elternberatung, der Kinder- und Jugendpsychiatrie und der Gesundheitsfürsorge.“